



Suchergebnisse: Januaraufstand

3. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn hält an seinem Amt fest

Berlin * Die USPD-Mitglieder der preußischen Regierung erklären ihren Rücktritt. Damit bekleidet kein USPD-ler noch ein wichtiges Amt im Deutschen Reich beziehungsweise in Preußen. Die einzige Ausnahme ist der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der an seinem Amt festhalten will.

3. Januar 1919 – Keine Weisungsberechtigung

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn [USPD] erklärt dem preußischen Innenminister Paul Hirsch [MSPD], dass er ihn nicht als weisungsberechtigt anerkennt.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen, um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.



5. Januar 1919 – Beginn des sogenannten Spartakusaufstands in Berlin

Berlin * Die von der Berliner USPD und den Revolutionären Obleuten organisierte Demonstration entwickelt sich zur größten und eindrucksvollsten, die Berlin seit dem 9. November 1918 gesehen hat. Im Verlauf der Demo wird die sozialdemokratische Zeitung Vorwärts und weitere Verlagsgebäude und Druckereien im Zeitungsviertel von bewaffneten Demonstranten besetzt.

5. Januar 1919 – Ein Revolutionsausschuss wird gegründet

Berlin * Die Zeitungsbesetzer werden von der USPD und der KPD unterstützt. Am Abend wird aus den Vertretern der Parteien und den Besetzern ein Revolutionsausschuss gebildet, dem 53 Personen angehören. Georg Ledebour [USPD], Karl Liebknecht [KPD] und Paul Scholze [Revolutionäre Obleute] werden gleichberechtigte Vorsitzende.

6. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Regierungssturz auf

Berlin * Der von USPD, KPD und den Revolutionären Obleuten gebildete Revolutionsausschuss ruft auf zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung Ebert.

6. Januar 1919 – Den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen

Berlin * Der KPD-Führer Karl Liebknecht möchte - gegen den Rat von Rosa Luxemburg - den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen. Damit könnten die für den 19. Januar angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung verhindert werden.

6. Januar 1919 – Verhandlungsversuche mit Reichskanzler Friedrich Ebert

Berlin * Der Revolutionsausschuss verhandelt auf Vermittlung der USPD-Leitung mit Reichskanzler Friedrich Ebert. Die zwölköpfige Verhandlungskommission besteht aus sechs Vertretern der USPD und der gleichen Zahl der Revolutionären Obleute. Die KPD will sich an den Verhandlungen nicht beteiligen.

6. Januar 1919 – Lebende Schutzschilde vor Regierungsgebäuden



Berlin * Ein Teil der Berliner Bevölkerung stellt sich hinter die Regierung Ebert und sichert als lebende Schutzschilde die Regierungsgebäude.

7. Januar 1919 – Der Januaraufstand zeigt seine Macht

Berlin * Dem Aufruf des Revolutionsausschusses folgen etwa 500.000 Menschen. Die Menschenmenge zieht in die Innenstadt und versammelt sich auf einem der Berliner Plätze.

7. Januar 1919 – Die Verhandlungen mit der Regierung werden vertagt

Berlin * Am Nachmittag sind die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und Reichskanzler Friedrich Ebert sowie dem Rat der Volksbeauftragten kurz vorm Scheitern. Man vertagt sich auf den nächsten Tag.

7. Januar 1919 – Gustav Noske erhält den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin

Berlin * Der Volksbeauftragte für Heer und Marine, Gustav Noske [MSPD], erhält von Reichskanzler Friedrich Ebert den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin. Es ergehen Aufrufe zur Aufstellung weiterer Freikorps in Berlin. Außerdem befiehlt Noske die telefonische Überwachung aller Mitglieder des Revolutionsausschusses, um sie später festzunehmen. Dazu werden 50 ausgesuchte Offiziere in allen Berliner Postämtern eingesetzt.

8. Januar 1919 – Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan

Berlin * Die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und dem Rat der Volksbeauftragten scheitern an der beiderseitigen Kompromissunfähigkeit. Damit ist die Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan.

8. Januar 1919 – Die Volksbeauftragten fordern zum Widerstand auf

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten fordert die Bevölkerung auf zum Widerstand gegen die Aufständischen und deren beabsichtigte Regierungsübernahme. In einem Flugblatt mit dem Titel: „Die Stunde der Abrechnung naht!“ wird den Aufständischen mit physischer Vernichtung



gedroht.

9. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Kampf gegen die Judasse auf

Berlin * Die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD rufen in einem gemeinsamen Aufruf den Kampf auf gegen „die Judasse in der Regierung. [...] Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott. [...] Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.“

10. Januar 1919 – Das spartakistische Hauptquartier in Spandau wird überfallen

Spandau * Die Brigade Reinhard unter Leitung des Kommandanten von Berlin, Oberst Wilhelm Reinhard, überfällt das spartakistische Hauptquartier in Spandau.

11. Januar 1919 – Gustav Noske gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer

Berlin * Gustav Noske [MSPD], der Volksbeauftragte für Heer und Marine, gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer des Vorwärts. Die Angreifer, das Freikorps Potsdam, erobert das Gebäude mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie. Nach etwa 70 Artillerieschüssen sind die Besetzer am Ende. Als die Regierungstruppen zum Sturm ansetzen, geben die Aufständischen auf.

12. Januar 1919 – Die besetzten Verlagsgebäude werden von Regierungstruppen erobert

Berlin * Alle im Berliner Zeitungsviertel besetzten Verlags- und Druckereigebäude sind von den Regierungstruppen erobert. Obwohl die Zeitungsbesetzer bewaffnet sind, kommt es nicht zu organisierten Schlachten. Die meisten Aufständischen ergeben sich freiwillig. Dennoch erschießt das Militär über hundert Besetzer und unbeteiligte Zivilisten vor Ort. Insgesamt ermittelt ein Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags 156 Todesopfer. Auf Seiten der Angreifer werden 13 Gefallene und zwanzig Verwundete gezählt.

13. Januar 1919 – Freikorps-Truppen rücken in Berlin ein

Berlin * Die um Berlin stationierten Freikorps rücken in die Stadt ein, insgesamt etwa 3.000 Mann.



Die größte Einheit ist die Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Die Berliner Zeitungen begrüßen den Einzug als Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Der militärischen Besetzung folgen erhebliche Gewaltexzesse der rechtsgerichteten Truppen.

13. Januar 1919 – Dank an die braven Truppen der Republik

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten [= Regierung Ebert] dankt „den braven Truppen der Republik“, denen es gelungen ist, „aus eigener Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte“. Der Januaraufstand, der als Spartakusaufstand in die Geschichte einging, ist niedergeschlagen.

13. Januar 1919 – Zivilisten müssen alle Schusswaffen abgeben

Berlin * Die Regierung Ebert verordnet, dass die Zivilbevölkerung innerhalb von 24 Stunden alle Schusswaffen abgeben muss. Zuwiderhandlungen werden mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet.
